

# DEUTSCHLAND BRAUCHT KEINE IMPFPFLICHT! AUCH NICHT FÜR COVID-19

## DIE FAKTEN

### Kein nachhaltiger Eigenschutz, kein zuverlässiger Fremdschutz, keine Herdenimmunität

Spätestens drei Monate nach der zweiten Impfung lässt der Infektionsschutz deutlich nach, wie lange die Booster-Impfung schützt, ist unklar. Infizierte Geimpfte können das Virus genauso weitergeben wie infizierte Ungeimpfte. Eine Herdenimmunität ist mit den derzeitigen Impfstoffen nicht erreichbar.

### Virusvarianten beeinträchtigen den Impfschutz

Aufgrund der hohen Mutationsrate des Virus ist ein langfristiger Schutz durch eine Impfung sehr unwahrscheinlich. Bereits gegenüber der neuen Omikron-Variante sind die Impfstoffe deutlich weniger wirksam. Eine Impfpflicht ist deshalb weder juristisch noch ethisch zu begründen.

### Keine Daten zur langfristigen Sicherheit, unterschiedlich verteilte Risiken

Alle Covid-19-Impfstoffe sind nur bedingt zugelassen. Belastbare Daten zur mittel- und langfristigen Sicherheit fehlen. Junge Männer zwischen 16 und 25 Jahren sind nach der Impfung vor allem einem hohen Risiko für eine Myokarditis ausgesetzt. Bei einer Covid-19-Infektion betrifft das Risiko für einen schweren Verlauf, Komplikationen oder Todesfälle v.a. die über 60-Jährigen.

### Fragliche Entlastung des Gesundheitssystems

Unter den Covid-19-Patienten auf Intensivstationen sind über 60% älter als 60 Jahre, mehr als 80% älter als 50 Jahre. Bei den über 60-Jährigen handelt es sich bei der Hälfte der Fälle um Impfdurchbrüche. Eine Impfpflicht würde die Situation auf den Intensivstationen nicht wesentlich verbessern. Die bereits beschlossene einrichtungsbezogene Impfpflicht wird die Lage eher noch verschärfen, weil mit einer beträchtlichen Anzahl von Kündigungen unter Pflegenden und in anderen medizinischen Berufen zu rechnen ist.

Eine quellenbasierte Version der Stellungnahme finden Sie auf unserer Homepage: [www.individuelle-impfentscheidung.de](http://www.individuelle-impfentscheidung.de)

## DIE FOLGEN

### Eine Impfpflicht greift zutiefst in Grund- und Menschenrechte ein

**Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht stellt einen schweren Eingriff in die körperliche Unversehrtheit eines jeden Menschen dar.**

**Durch die bereits bestehende einrichtungsbezogene Impfpflicht werden Menschen an der Freiheit ihrer Berufsausübung gehindert.**

**Impfungen, die gegen den ausdrücklichen Willen eines Menschen verabreicht werden, greifen tief und nachhaltig ein in das Selbstbestimmungsrecht und somit auch in die Würde des Menschen.**

Eine Impfpflicht gegen Covid-19 ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers und damit in die Grundwerte unserer Gesellschaft. So notwendig es ist, die Pandemie entschlossen zu bekämpfen, so unverantwortlich ist es, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, für die es derzeit keine hinreichende wissenschaftliche Grundlage gibt.

Eine Impfpflicht ist gerade nicht das notwendigermaßen agile und flexible Instrument eines Pandemiemanagements, wie es uns andere Länder erfolgreich vormachen. Unter den sich ständig wandelnden Bedingungen kann sie keine Lösung sein.

Wir appellieren an Sie als Politikerinnen und Politiker, wir appellieren an Ihre Verantwortung dieser Situation und den Menschen dieses Landes gegenüber:

**Es gibt wirksame und von wissenschaftlicher Evidenz gestützte Alternativen zu einer Impfpflicht.**

**Gehen Sie mit Impfangeboten auf die Menschen aus Risikogruppen zu und ergreifen Sie risikoorientierte, konkrete Maßnahmen – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.**